



Saarbrücken, 12. März 2025

„Saarbrücker Erklärung“ des Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

GdP fordert neue Sicherheits- und Finanzierungsstrategie

Die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland und Europa ist geprägt durch komplexe Herausforderungen: Politische Umbrüche, Extremismus, Kriminalität und eine misslungene Migrationspolitik stellen Polizei und Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland hat hohe Erwartungen an uns Polizeibeschäftigte und wünscht sich mehr Sicherheit. Als Gewerkschaft der Polizei (GdP) sehen wir die dringende Notwendigkeit einer neuen umfassenden Sicherheitsstrategie, die die Sicherheit in ganz Deutschland und deren Finanzierung neu denkt, bekannte Probleme löst und zugleich die Arbeitsbedingungen der Menschen in den Sicherheitsbehörden verbessert. Gemeinsam mit der Justiz muss der Kollaps der Strafverfolgung abgewendet werden und die Sicherheit wieder spürbar Einzug halten.

Kriminalität und Innere Sicherheit

Kriminalität verlagert sich zunehmend in den virtuellen Raum – von organisierter Cyberkriminalität über Identitätsdiebstahl bis hin zu digitalen Angriffen auf Unternehmen und Privatpersonen. Täter agieren international, hochprofessionell und nutzen verschlüsselte Plattformen, während Ermittler oft mit veralteter Technik arbeiten. Polizei und Justiz sind mit einer Flut von Ermittlungsvorgängen konfrontiert, während der bürokratische und technologische Rückstand wertvolle Zeit kostet. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz und damit einhergehend weitergehenden Befugnissen für die Sicherheitsbehörden ist entscheidend, um die Ermittlungsarbeit zu beschleunigen, Täter frühzeitig zu identifizieren und digitale Spuren schnell auszuwerten. Doch Deutschlands wichtigstes Polizeidigitalisierungsprojekt P20 aus dem Jahr 2016 steckt noch immer in der Umsetzung fest. Die digitale Ausstattung und Zusammenarbeit der Behörden müssen dringend ins 21. Jahrhundert überführt werden, um Sicherheit wirksam zu gewährleisten.

Krieg und Terrorismus

Die Gefahr durch die hybride Kriegsführung, Terroranschläge und extremistische Gewalt in Europa bleibt hoch – sowohl durch islamistischen Terror als auch durch den wachsenden Rechtsruck. Rasche und erfolgreiche Radikalisierung über Social Media sowie Menschen in psychischen Ausnahmezuständen bilden ein zunehmend komplexes Bedrohungsszenario für Verfassungsschutz, Polizei, Zoll und Nachrichtendienste. Um effektiv gegenzusteuern und Taten zu verhindern, braucht es eine engere digitale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden – ebenso eine Anpassung der Datenschutzbestimmungen, um Gefahren frühzeitig zu erkennen und abzuwehren.

Migration und Schleusungskriminalität

Die illegale Migration und die damit verbundene Schleusungskriminalität haben in den vergangenen Jahren deutlich und spürbar zugenommen. Dies stellt die Sicherheitsbehörden vor enorme logistische und personelle Herausforderungen. Es bedarf einer verstärkten Koordination zwischen den agierenden Behörden und einer klaren Priorisierung der Ressourcen, um Schleuserkriminalität zu bekämpfen und darüber die illegale Migration nachhaltig zu reduzieren. Rechtskonform und abgestimmt mit europäischen Nachbarn muss der Schutz der Grenzen durch Frontex und Grenzpolizeien gewährleistet werden. Die Umsetzung des europäischen Asylsystems ist die Aufgabe der Ausländerbehörden. Amtshilfe durch die Polizei kann nur eine temporäre Ausnahme sein.

Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei fordert:

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Ausstattung, Arbeitszeit, Arbeitsort und Fortbildung,
- mehr Personal und Möglichkeiten für Einstellungen von Spezialisten und Quereinsteigern,
- ein Sondervermögen für bundeseinheitliche qualitative Standards der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern,
- weiterhin bürgernahe Polizeiarbeit trotz notwendiger Aufrüstung,
- Erweiterung von Befugnissen für Sicherheit im virtuellen Raum und weniger Datenschutzhemmnisse,
- schnellere Anklagen durch effektive priorisierte Ermittlungsarbeit,
- den Einsatz von KI in Sicherheitsbehörden,
- höhere Risikozulagen und bessere Familienabsicherung,
- Aufgabenkritik für die derzeitigen Aufgaben in den Sicherheitsbehörden.